NOV 2 1936 LIBRARY

Mittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936 | Berlin, Sonnabend, 10. Oktober | Nr. 1333

Keine Umbildung der österreichischen Regierung.

Wien, 10. Oktober. Dem Ministerrat, der die durch die Spaltungsbewegung im Heimatschutz geschaffene Lage zu prüfen hatte, lag die Forderung Starhembergs vor, die im Mai geschaffene Frontmiliz als einzigen freiwilligen Waffenträger auf ihn zu vereidigen. Nach zahlreichen dramatischen Wendungen hat die Regierung, wie bereits mitgeteilt, alle Bewaffnung aufzulösen beschlossen, nachdem die Versuche, mit Starhemberg zu einer Einigung zu gelangen, gescheitert waren.

Personalveränderungen im Kabinett wurden nicht vorgenommen. Unterrichtsminister Dr. Pernter, Finanzminister Dr. Draxler und Vizekanzler Baar-Baarenfels haben demissioniert, wurden jedoch vom Bundespräsidenten wiederum mit ihren Aemtern betraut.

Es wird ausdrücklich festgestellt, daß sie nunmehr keinerlei Bindungen zu irgendwelchen Verbänden mehr haben.

Ferner hat der Ministerrat eine Neuformulierung des Frontmiliz-Gesetzes beschlossen.

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg, der ursprünglich schon am Freitag abreisen wollte, hat sich um 8 Uhr morgens im Flugzeug zu den Trauerfeierlichkeiten für den ungarischen Minister Gömbös nach Budapest begeben.

Polnische Bewunderung für die deutsche Winterhilfe.

Warschau, 9. Oktober. Das Warschauer Abendblatt Kurjer Czerwony berichtet über die großartigen Ergebnisse der ersten Sammlungen für die Winterhilfe in Deutschland. Der Bericht, der die dreistelligen Beträge in einzelnen anführt, trägt die Ueberschrift „Imponierende Ziffern" — „Wie Deutschland seinen Arbeitslosen hilft".

Im Zusammenhang mit der Gründungsversammlung des polnischen Winterhilfekomitees für die Arbeitslosen, die am Freitag stattfindet, empfiehlt das polnische Blatt in einem zweiten Aufsatz, das deutsche Eintopfessen als nachahmenswertes Muster für die Schaffung einer ähnlichen Einrichtung in Polen.

Paris gegen Kündigung des Nichteinmischungsabkommens.

Paris, 9. Oktober. Auch am Freitag abend weist die Pariser Presse eine Aufkündigung des Nichteinmischungsabkommens als gefährlich zurück. Fast alle Pariser Blätter pflichten der „Times" bei, die in der Art des sowjetrussischen Vorgehens eine Herausforderung erblickt.

Temps warnt vor den möglichen Folgen eines Verzichts auf das Nichteinmischungsabkommen, der tiefgehende europäische Störungen mit sich bringen könne. Das sowjetrussische Vorgehen sei der Versuch einer Unterstützung der Madrider Regierung. Vom allgemeinen Standpunkt aus sei aber vielleicht folgendes noch wichtiger: Sowjetrußland befürchte, daß bei der Fünfer-Konferenz eine Sicherheitsregelung für den Westen zustandekommen könnte, die die Stellung Sowjetrußlands schwächen würde. Insofern würde die Frage der Beibehaltung oder Kündigung des Nichteinmischungsabkommens in Spanien der Vorwand zu einer sowjetrussischen diplomatischen Offensive großen Stils sein.

„Temps" glaubt, daß die rohe Drohung Moskaus mit einem gleichlaufenden Vorstoß der englischen Arbeiterpartei zugunsten eines Verzichts auf die Nichteinmischung verabredet worden sei. Moskau wolle eine große Stimmungswelle zugunsten eines sofortigen Beistandes für die Madrider Regierung erzeugen. Diese Lage durch die letzten Erfolge der Truppen des Generals Franco verzweifelt erscheine.

„Temps" stimmt mit der „Times" in der Verurteilung der öffentlichen Behandlung der angeblichen Neutralitätsverletzung durch Sowjetrußland überein. Sowjetrußland, die sowjetrussische Regierung hätte, wenn sie absichtlich und systematisch die ernstesten internationalen Verwicklungen heraufbeschwören wollte, auch nicht anders zu handeln brauchen. Frankreich müsse an der Neutralität festhalten, denn die spanische Krise dürfe nicht in eine internationale ausarten und die in Europa schon bestehende Kriegsgefahr noch vergrößern.

Journal des Débats schreibt, die Regierung Blum scheine an der Neutralität festhalten zu wollen, scheine aber geneigt, eine Untersuchung der von der Moskauer Regierung herangezogenen Tatsachen zu empfehlen. In dieser Haltung liege vielleicht ein gewisser Widerspruch. Wenn man sich in London auf bitterstüße Auseinandersetzungen einließe, dürfte ein Bruch zwischen den verschiedenen Staaten schwerlich zu verhindern sein.

Das Blatt ist gegen eine Untersuchung der angeblichen Neutralitätsverletzung, da eine solche wieder zu Verwicklungen führen würde. Man könne schwerlich begreifen, daß die Regierung Blum derartige Nachforschungen zu befürworten scheine, die die größte Gefahr mit sich brächten und die ziemlich zwecklos sein würden.

Niemand könne gewisse verurteilungswürdige Tatsachen übersehen, die die französische Volksfront-Regierung geduldet habe, so in den Tagen bis zum Fall von Irun den Transport von einer spanischen Front zur anderen über französisches Gebiet. Man werde die französische Regierung auch fragen, was die Beförderung der Goldreserven der Bank von Spanien nach Frankreich bedeuten solle. Die führenden französischen Männer müßten sich vorsehen, damit sie nicht in ein schlechtes Licht gerieten.

Ruhige Aufnahme der sowjetrussischen Drohung in Rom.

Rom, 9. Oktober. Die sowjetrussische Drohung, die Nichteinmischungsverpflichtung aufzukündigen, ist von den zuständigen italienischen Stellen vollkommen ruhig und gelassen aufgenommen worden. Man erklärt sich in diesen Kreisen den sowjetrussischen Schritt hauptsächlich aus der Befürchtung Moskaus, daß bei der bevorstehenden Besetzung von Madrid und anderen Städten den Truppen der nationalen Erhebung zahllose Beweise für die sowjetrussische Einmischung und die materielle Unterstützung der Madrider Regierung in die Hände fallen werden.

Tribuna bringt diese neueste Geste Sowjetrußlands in direkten Zusammenhang mit dem Auftreten Litwinows in der abessinischen Frage in Genf und meint, der Völkerbundsrat sei bereits zu einer Filiale des Kreml geworden. Da der sowjetrussische Außenkommissar ein großes und ganzes heute die Geschäfte des Völkerbundes steuere, so sei Genf mit Paris ein Ausstrahlungszentrum der sowjetrussischen Aktion geworden.

Das teuflische Spiel Moskaus sei heute in allen Fragen, die den europäischen Frieden angehen, darauf gerichtet, Zwietracht in Europa zu säen und den Unfrieden dauernd wachzuhalten. Bei den ersten Anzeichen des Zusammenbruchs der Madrider Regierung habe der Londoner Nichteinmischungsausschuß die Plattform für ein neues kommunistisches Manöver abgeben müssen.

Die Bertrauensleute Stalins wollten überall anwesend sein, da nur so die Dritte Internationale ihren verhängnisvollen Einfluß zur Geltung bringen könne. Moskau arbeite in Europa gegen Europa.

Warschau wartet ab.

Warschau, 9. Oktober. Zum sowjetrussischen Schritt in der Frage der Nichteinmischung in Spanien betont man in amtlichen polnischen Kreisen, daß Polen das strenge Neutralitätsgegenüber den spanischen Ereignissen wahre, sich zu der sowjetrussischen Note nicht äußern könne, bevor sich nicht der Londoner Neutralitätsausschuß mit ihr befaßt habe. Die Warschauer Abendblätter beschränken sich auf die Berichterstattung über die Eindrücke, die die sowjetrussische Drohung in London und Paris gemacht hat.

Die ungarische Presse zu dem Moskauer Schritt.

Budapest, 9. Oktober. Der sowjetrussische Vorstoß in der Frage der spanischen Nichteinmischung hat auch hier großes Aufsehen erregt. In politischen Kreisen geht die übereinstimmende Beurteilung dahin, daß damit eine neue internationale Lage geschaffen sei, die leicht zu Verwicklungen führen könne. Das Vorgehen der Moskauer Regierung wird in erster Linie auf den unaufhaltsamen Zusammenbruch der kommunistischen Revolution in Spanien zurückgeführt. Sowjetrußland habe damit, so erklärt man, offen seine Maske fallen gelassen und seinem Entschluß zu einer direkten militärischen Unterstützung der spanischen Kommunisten deutlichen Ausdruck gegeben.

Die Blätter befassen sich eingehend mit der durch das sowjetrussische Vorgehen geschaffenen Lage. **Pester Lloyd** schreibt, Sowjetrußland habe durch seine Londoner Note die bisher planmäßig durchgeführten Bestrebungen der äußeren Wahrung der Neutralität in Spanien in ernster Weise gestört, wenn nicht von Grund auf gefährdet. Die Drohung Moskaus rücke die Gefahr der Bildung einer der Volksfront freundlichen und einer Burgos freundlichen Mächtegruppe in unmittelbare Nähe. Das Blatt bezeichnet das sowjetrussische Vorgehen als ein offensichtliches Störungsmanöver, um die erbitterte Stimmung der linksradikalen Massen in den westeuropäischen Staaten zu unterstützen und durch diese einen Druck auf die Regierungen auszuüben, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, daß hierdurch ein Konflikt in Europa entstehen könne.

Der katholische **Uj Nemzedek** schreibt, durch die sowjetrussischen Lieferungen für das rote Spanien habe Sowjetrußland das Nichteinmischungsabkommen seinerseits für hinfällig erklärt und damit die internationale Politik vor eine entscheidende Wendung gestellt. Sowjetrußland wolle ganz Europa in Brand stecken.

Der **Uis Ujság** meint, der sowjetrussische Schritt habe bereits ernste internationale Folgen gezeitigt. Sowohl die belgischen Sozialdemokraten als auch die französischen Sozialdemokraten und Kommunisten versuchten nunmehr, ihre Regierungen zu zwingen, der spanischen roten Regierung zu Hilfe zu eilen. Der Schritt Sowjetrußlands sei eine ernste Gefahr für den Weltfrieden. Wenn Sowjetrußland der roten Regierung in Spanien zu Hilfe eile, so würde es nur eine natürliche Folge sein, wenn die antibolschewistischen Länder Europas die nationale Regierung Spaniens unterstützten. Sowjetrußland wolle Europa in Brand stecken und benutze hierzu jede Gelegenheit und alle Mittel. Die Frage sei jetzt, ob die europäischen Staatsmänner noch die Kraft und die Fähigkeit hätten, der Europa drohenden Gefahr gegenüberzutreten, ehe die entmenschte asiatische Gewalt Herr der Welt geworden sei.

Wilson über die kommunistische Drohung.

London, 9. Oktober. In einer Rede in Manchester erklärte der konservative Unterhausabgeordnete Sir Arnold Wilson, Europa brauche sich nicht vor der Feindschaft des faschistischen Staaten zu fürchten, sondern allein vor der Anarchie, die Sowjetrußland oder in seinem Auftrag die Kommunistische Internationale in den nicht totalitären Staaten führe. Weder die britischen noch die französischen Belange würden von einer spanischen Rechtsregierung in Mitleidenschaft gezogen, aber der Gefahr eines kommunistischen Regimes oder einer Anarchie verglichen werden könnte.

Die sowjetrussische Drohung sei nicht mit reinem Gewissen ausgesprochen worden. In Wirklichkeit handele es sich um einen erneuten Versuch, in Europa Unruhe anzustiften. Das sei auch die von Litwinow in den letzten Monaten in Genf ständig verfochtene Politik gewesen. Unter den gegenwärtigen Umständen stelle in der Tat jede Sitzung des Völkerbundsversammlung eine neue Gefahr für den Weltfrieden dar. Der Redner nannte den Führer ein Bollwerk gegen die Anarchie und ein Werkzeug für die Aufrechterhaltung des Friedens.

Zum Schluß bezeichnete der Redner die Berichte über die deutsche Wiederaufrüstung als übertrieben; so beträchtlich sie auch sei, so rüchte sie sich dennoch nicht gegen England. Er bedauere, daß Baldwin dadurch, daß er stiller nicht zuversöhnlich in Deutschland besucht habe, eine große Gelegenheit verpaßt habe.

Nachspiel zu den kommunistischen Ruhestörungen in London.

London, 9. Oktober. In den letzten beiden Tagen wurden vor dem Londoner Gericht die schwereren Fälle der kommunistisch-jüdischen Ruhestörungen vom Sonntag verhandelt. Mehrere Angeklagte wurden wegen tätlicher Angriffe auf Polizisten und wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu Gefängnisstrafen von zwei bis zu sechs Wochen verurteilt.

20 Minuten-Besprechung Blum-Delbos-Eden.

Paris, 9. Oktober. Ueber das Zusammentreffen des Ministerpräsidenten Blum und des Außenministers Delbos mit Eden erfährt man, daß die Besprechungen nur 20 Minuten gedauert haben.

Eine amtliche Mitteilung wurde nicht ausgegeben. Auch in politischen Kreisen wird nichts Näheres mitgeteilt. Blum und Delbos sollen sich über die Zusammenkunft mit dem englischen Außenminister in Paris sehr befriedigt gezeigt haben.

Englische Stimmen zur neuen Labour-Forderung.

London, 10. Oktober. Der **Daily Telegraph** sagt in seinem Leitartikel unter der Ueberschrift „Nichteinmischung eine einfache Pflicht", daß der größte Teil des englischen Volkes keineswegs die Bewunderung der Sozialisten für die Madrider Regierung teile, wie sie auf der Konferenz von Edinburg zu Tage getreten sei.

Die **Morning Post** hebt hervor, daß die Sozialisten der Regierung den Vorwurf gemacht hätten, ihre Aufrüstung nicht in Uebereinstimmung mit der Politik der kollektiven Sicherheit durchzuführen. Das Nichteinmischungsabkommen sei im Vergleich zur Kollektivität des Völkerbundssystems doch sehr einfach, weil es nur die Verpflichtung auferlege, sich von gewissen Handlungen zurückzuhalten. Aber selbst bei einer so einfachen Angelegenheit habe man nichts anderes als Enttäuschungen erlebt. Wenn ein kollektives System so kleinen Umfanges schon versage, um wie viel mehr müsse das erst bei dem sehr viel größeren des Völkerbundes der Fall sein.

Daily Herald und **News Chronicle** fordern von der Regierung die Aufhebung des Embargos in Gemeinschaft mit Paris, falls nicht binnen 48 Stunden jede Waffenausfuhr nach Spanien unterbunden werde.

Um die kommunistischen Versammlungen im Elsaß.

Paris, 9. Oktober. Die Kommunisten haben sich mit dem Zugeständnis der Regierung, im Elsaß innerhalb zehn Versammlungen anstatt der von ihnen geforderten 127 abhalten zu dürfen, in keiner Weise zufrieden gegeben. Als Antwort auf diese Entscheidung der Regierung haben sie am Freitag nachmittag nun eine Erklärung veröffentlicht, die bezeichnend ist für den frechen Ton, mit dem sie gegenüber der Regierung auftreten. In der kommunistischen Stellungnahme heißt es:

„Entgegen den Pressenachrichten, daß zwischen der Regierung und der kommunistischen Partei eine Einigung darüber erzielt worden sei, die Zahl der kommunistischen Versammlungen in Elsaß-Lothringen herabzusetzen, erklärt die kommunistische Partei, daß sie einer Einschränkung des Versammlungsrechts nie ihre Zustimmung gegeben hat. Die Bezirksverbände hatten die Zahl der Versammlungen bereits von 127 auf 56 herabgesetzt. Die kommunistische Partei kann nicht zulassen, daß sie in Elsaß-Lothringen, wo über 50 000 Wähler für ihre Bewegung gestimmt haben, nicht über ihre Tätigkeit Bericht erstatten kann, weil es den Parteimännern Spaß macht, die auf Anstiften der Berliner Regierung (!!) handeln und gegen die man die Gesetze anwenden muß, wie das Volksfrontprogramm es vorsieht."

Drohungen der Pariser Gewerkschaften.

Paris, 9. Oktober. Die vor einigen Tagen erfolgte Säuberung einer von Streikenden zu Unrecht besetzt gehaltenen Schokoladenfabrik durch die Polizei hat die Pariser Gewerkschaften veranlaßt, eine Abordnung zu Innenminister Salengro zu entsenden, die nicht nur protestierte, sondern auch drohend erklärte, „derartige Herausforderungen" könne man nicht hinnehmen.

Die Arbeiterabordnung verlangte die „Neutralisierung" der Fabriken, d. h. eine völlige Schließung der noch besetzten Werke, die dann erst von den Streikenden geräumt werden sollen. Zugunsten verlangte die Abordnung nach, daß die für Paris seit dem Sonntag verfügten Versammlungsbeschränkungen des Versammlungs- und Demonstrationsrechtes für die Gewerkschaften und Volksfrontverbände aufgehoben werden.

Jugoslawisches Königsdenkmal in Paris.

Paris, 9. Oktober. Am 9. Oktober, dem Jahrestag der Ermordung des Königs Alexander I. von Jugoslawien in Marseille im Jahre 1934, ist in Paris ein Denkmal für die jugoslawischen Könige Peter I. und Alexander I. eingeweiht worden. Der Präsident der Republik, Lebrun, hielt eine Gedächtnisrede in der er die Person des Königs Alexander würdigte und die Trauer hervorhob, die seine Ermordung ausgelöst habe.

Der jugoslawische Kriegs- und Kriegsmarineminister General Maritsch feierte die französisch-jugoslawische Freundschaft, Waffenbrüderschaft und Bündnistreue.

Streikabbruch in Palästina.

Jerusalem, 9. Oktober. Die Araber werden den Generalstreik, der nunmehr seit dem 20. April ohne Unterbrechung andauert, aufgeben.

Diese Tatsache geht aus einem Schreiben hervor, das Auni Bey Abdulhadi, Mitglied des arabischen Streikkomitees und Führer der größten arabischen Palästina-Partei, der großarabischen Unabhängigkeitspartei, an den britischen Hohen Kommissar gesandt hat. In diesem Schreiben heißt es, man lege nicht nur Wert auf einen Abbruch des Streikes, sondern auf einen dauerhaften Frieden.

Dieser Friede habe jedoch zwei Voraussetzungen: England müsse anerkennen, daß die beiden Teile der Balfour-Erklärung, also das Versprechen eines jüdischen Nationalheims in Palästina und die Nichtbeeinträchtigung der arabischen Rechte, in unversöhnlichem Gegensatz zu einander stünden; zweitens sei es der Wille der Palästina-Araber, nicht weiterhin von den arabischen Brudervölkern jenseits der Grenzen getrennt behandelt zu werden. Die Palästina-Araber kämpften nicht gegen den Juden als Juden, aber gegen den zionistischen Anspruch auf Palästina. Die Araber brächten den Generalstreik bedrückten Herzens aus Gehorsam gegen ihre Könige ab.

Auni Bey gibt in seinem Brief schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß die jüdische Einwanderung schnell eingestellt und eine allgemeine Amnestie gewährt werde, um den bedrückten Gefühlen der Araber eine gewisse Erleichterung zu verschaffen.

Die arabischen Fürsten werden einen Aufruf an die Araber erlassen, in dem sie zur Vermeidung weiteren Blutvergießens zur Wiederherstellung friedlicher Zustände auffordern.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.